Stand: 03.12.2025 15:06:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3721

"Bewirtschaftlicher landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen!"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/3721 vom 23.10.2024
- 2. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 24.10.2024
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4187 des LA vom 06.11.2024
- 4. Beschluss des Plenums 19/4332 vom 10.12.2024
- 5. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 10.12.2024



# Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

23.10.2024

Drucksache 19/3721

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Bewirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Haltung der Bischofskonferenz Stellung zu nehmen, die in der am 11.09.2024 vorgestellten Studie "Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung" zum Ausdruck kommt.

Insbesondere wird sie aufgefordert

- darzulegen, wie hoch der landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Grundbesitz der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern ist (nach Diözesen getrennt),
- offenzulegen, wieviel EU-Ausgleichszahlungen die Kirche bzw. ihre Pächter pro Jahr seit 2013 erhalten haben und wie hoch die sonstigen Subventionen sind, die auf kirchliche Flächen entfallen.
- darzulegen, welche Erkenntnisse sie über die Art der Bewirtschaftung der im kirchlichen Besitz befindlichen Flächen hat und auf wieviel Euro pro ha sich die durchschnittliche Pacht beläuft.

Die Staatsregierung wird ferner dazu aufgefordert, sich gegenüber den Kirchen dafür einzusetzen, dass diese sich an die eigenen Bewirtschaftungsvorgaben halten, die in der Studie zum Ausdruck kommen.

#### Begründung:

Die Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik der Bischofskonferenz hatte in ihrem in München am 11.09.2024 vorgestellten Papier unter anderem ein Umsteuern in der Agrarpolitik hierzulande und weltweit gefordert. Sie hat u. a. auch auf die Agar-Förderpolitik Bezug genommen. Ein verengtes Verständnis von Effizienz habe zu einer problematischen Förderpolitik beigetragen, die teuer, sozial unausgewogen und nicht zukunftsfähig sei. Die nicht nachhaltigen Subventionen müssten beendet und u. a. sogenannte ökosystemare Dienstleistungen angemessen honoriert werden.

Landwirte in Europa und weltweit müssten in die Lage versetzt werden, das Land "gemeinwohleffizient" zu nutzen.

Die Studie enthält auch einen Vorschlag zu einer Quotierung bei Tierhaltung, Grünland und Feuchtkulturen, denn Böden seien nicht nur Ressource, um Lebensmittel zu produzieren und die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung zu sichern. Sie müssten in Zeiten des Klimawandels auch CO<sub>2</sub> binden, bei Flutkatastrophen Wasser aufnehmen und die Biodiversität erhalten.

Über dieses Thema berichtete auch BR24 im Radio am 11.09.2024 um 20:08 Uhr.

Diese Agrar-Studie der Deutschen Bischofskonferenz stößt vielen Bauern sauer auf – einige denken über den Kirchenaustritt nach. Der Eichstätter BBV-Kreisobmann Johannes Scharl nennt das Papier "unsachlich". "Wenn nun gemeinwohlorientierte Förderpolitik in den Mittelpunkt gerückt wird, wird so getan, als hätten die bäuerlichen Familienbetriebe bei uns in den vergangenen Jahrzehnten nicht nachhaltig gewirtschaftet." Fehlentwicklungen seien korrigiert worden.

Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschafte, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber kritisiert Vorschläge der Deutschen Bischofskonferenz zur Landwirtschaft, bei denen es auch um mögliche Nutzungsvorgaben geht. Die in einer Studie präsentierten Forderungen der Bischöfe nach einer gemeinwohlorientierten Landnutzung seien für manche Regionen dieser Welt richtig und wichtig: "Für falsch halte ich es allerdings, alle Bäuerinnen und Bauern per se unter Generalverdacht zu stellen."

"Bäuerliche Landwirtschaft ist gelebte Nachhaltigkeit im Sinne des Schöpfungsgedankens", Staatsministerin Michaela Kaniber vermisse auch eine differenziertere Betrachtungsweise der Landwirtschaft, die von Land zu Land sehr unterschiedlich betrieben werde.

Die Sachverständigen heben auch die Rolle der Kirchen hervor. Der Augsburger Bischof Bertram Meier, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, betont, "dass auch der Globus uns allen gehört und dass nicht nur einige wenige das Privileg haben, Land zu besitzen." Aber auch im eigenen Haus müsse man gut hinschauen. Etwa bei der Frage, wie Kirchenland bewirtschaftet werde. Hier liege noch "ein großes Stück Weg" vor der Kirche.

Die Kirche ist der größte private Grundbesitzer in Deutschland, insbesondere auch von landwirtschaftlichen Ackerflächen und Forst. Die römisch-katholische Kirche ist mit 8 250 km² Grundeigentum größter privater Grundbesitzer in Deutschland. Der Sozialwissenschaftler Carsten Frerk führte im Jahr 2013 neue Berechnungen durch, nach denen sich das Vermögen der katholischen Kirche 2013 auf bis zu 200 Mrd. Euro belief. Die ca. 15 000 Kirchengemeinden der evangelischen Kirche verfügen insgesamt über einen Grundbesitz von ca. 325 000 Hektar.

gestiegen, während der Staatshaushalt um 47 % gestiegen ist. Das zeigt Kommunalfreundlichkeit und Unterstützung in allen Bereichen.

Zweiter Punkt. Die Investitionsquote in den bayerischen Kommunen liegt mit 23,4 % so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Der Schnitt liegt in den deutschen Bundesländern bei 16 %, in Nordrhein-Westfalen bei 12,7 %. Eines muss man zumindest klarstellen, nämlich dass wir noch in der Lage sind, in die Zukunft zu investieren. Das sind die Zahlen vom letzten Jahr, und es gibt auch in diesem Jahr eine hohe Investitionsquote.

Dritter Punkt. Die Kassenkredite bei unseren Kommunen betragen 49 Euro pro Einwohner. In Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz liegen sie bei über 1.000 Euro pro Einwohner. Das ist Ihre Verantwortung, die Sie in den Jahren aufgehäuft haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen mit den Dingen verantwortungsvoll umgehen. Es muss vor allem in Berlin aufhören, dass ständig neue Beschlüsse gefasst werden, die nach unten durchgereicht werden und die am Ende den Freistaat und die Kommunen vor unlösbare Aufgaben stellen und unsere Haushalte und die Haushalte der Kommunen massiv unter Druck setzen. Wir müssen am Ende sehen, was wir unter diesen Rahmenbedingungen, unter diesen Steuereinnahmen, unter diesen Ausfällen bei der Steuerschätzung auf den Weg bringen. Aber dass wir in dieser schwierigen Situation mit um 58 Milliarden Euro zurückgehenden Steuereinnahmen sind, das ist auf Ihre, auf die rot-grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzuführen. Sie müssen sich im Grunde bei den Menschen in Deutschland entschuldigen, dass Sie das Land in eine Rezession geführt haben, was uns an allen Ecken und Enden in Schwierigkeiten bringt.

(Zuruf)

Die Staatsregierung wird den Nachtragshaushalt und den kommunalen Finanzausgleich noch im Dezember vorlegen, und dann können wir über die Dinge, ich hoffe, in Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit, weiter diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher**: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Da die Einladungszeit von 18 Uhr bereits überschritten ist, werden wir den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 19/3720, in der nächsten Plenarsitzung abstimmen.

Ich darf Ihnen jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekannt geben. Das Thema war "Menschen und Umwelt schützen, Klimaschutz ernst nehmen: Baurecht für 3. Start- und Landebahn am Flughafen München endgültig politisch beerdigen!", Drucksache 19/3719. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 94 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/3721 mit 19/3723 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Vielen Dank für die engagierte Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

# Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

06.11.2024 **Drucksache** 19/4187

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/3721

Bewirtschaftlicher landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen!

#### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Ralf Stadler
Mitberichterstatter: Thorsten Schwab

#### II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 15.
   Sitzung am 6. November 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung

AfD: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

#### Petra Högl

Stellvertretende Vorsitzende



# Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

10.12.2024 Drucksache 19/4332

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/3721, 19/4187

Bewirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

#### **Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Abstimmung** 

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen? – Die gibt es auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie daher, Ihre Stimmkartentasche – soweit noch nicht geschehen – rechtzeitig aus Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen.

Nachdem der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung eine Verkürzung bei der Dauer der Wahlgänge beschlossen hat, beträgt die Abstimmzeit für die Wahl bei Tagesordnungspunkt 4 heute vier Minuten und die Abstimmzeit für die Wahl bei Tagesordnungspunkt 5 zwei Minuten. Ich bitte Sie, das bei Ihrer Disposition entsprechend zu berücksichtigen.

### Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
	oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

#### **Anträge**

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen verbessern Drs. 19/3476, 19/4181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Martin Huber u.a. und Fraktion (AfD) Natur, Mensch und Umwelt vor ungebremstem Solarausbau schützen Drs. 19/3490, 19/4183 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD) Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion erhalten: Nur noch Agri-Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen zulassen Drs. 19/3511, 19/4184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag: Zwischenbilanz ESF+-Förderung in Bayern Drs. 19/3568, 19/4182 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ausbreitung des Japankäfers Drs. 19/3575, 19/4185 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
 Verbreitung der Droge Captagon (Fenetyllin) aufklären und bekämpfen! Drs. 19/3612, 19/4152 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Weniger Bürokratie, mehr Zeit fürs Ehrenamt: Vereinspauschale digital abwickeln Drs. 19/3663, 19/4153 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kita-Rettungsschirm für Bayern – Kinder, Eltern, Träger und Kommunen nicht länger im Regen stehen lassen Drs. 19/3664, 19/4178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU Hemmschuhe für EE-Anlagenbetreiber beseitigen – Netzanschlüsse und Zahlungen beschleunigen, entgangenen Eigenverbrauch entschädigen! Drs. 19/3677, 19/4190 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Pflicht zur Vorlage von Jagdtrophäen abschaffen Drs. 19/3678, 19/4192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für Klimaschutz und Humusaufbau – erfolgreiche Maßnahme im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm weiterhin fördern Drs. 19/3689, 19/4186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby! Drs. 19/3691, 19/4193 (A)

#### Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Bewirtschaftung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen! Drs. 19/3721, 19/4187 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

zur 36. Vollsitzung am 10. Dezember 2024

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunft des FAU-Campus am Nürnberger Schöller-Areal nach Pleite der Projektgesellschaft Drs. 19/3722, 19/4179 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Anna Rasehorn u.a. SPD
 Wie heizt Bayern in Zukunft sauber und bezahlbar?
 Drs. 19/3725, 19/4267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Integration des Deutschland-Tickets in Juleica Drs. 19/3749, 19/4180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	

 Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
 Rundfunkbeitragspflicht: Menschen mit Grad der Behinderung von 100 Prozent generell von der Zahlungspflicht befreien!
 Drs. 19/3753, 19/4188 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

zur 36. Vollsitzung am 10. Dezember 2024

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Katja Weitzel, Christiane Feichtmeier u.a. SPD Schwere Misshandlungen von Gefangenen in der JVA Augsburg-Gablingen? Drs. 19/3787, 19/3912 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Misshandlungen in bayerischen Gefängnissen lückenlos aufklären! Drs. 19/3790, 19/3913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vollumfängliche Aufklärung der Vorwürfe bezüglich der Vorkommnisse in der JVA Augsburg-Gablingen Drs. 19/3813, 19/3914 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z		Z